

Politischer Stolperstein ohne klare Kante

Eine Sanierung der Fußgängerzone wird zum Zankapfel im Wahlkampf – Architekten beklagen baulichen Wildwuchs

Von Dominik Pieper

UNNA ■ Die Frage nach der Notwendigkeit und Machbarkeit einer Sanierung der Fußgängerzone spaltet die Politik im Wahlkampf wie kaum ein anderes Thema. Während die unterschiedlichen Parteien ihre Absichtserklärungen begründen, fordern die vereinigten Architekten der Stadt eine rasche Planung. Doch dafür sollen sie sich nach dem Willen der Politik auch an der Diskussion um die Machbarkeit beteiligen.

Architekt Rainer Kimpel nutzte das gestrige Stadtgespräch des Architekturforums, um von der Politik endlich ein klares Bekenntnis in Sachen „Masterplan Innenstadt“ zu bekommen. Dieses Bekenntnis, das Eingestehen einer Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Bereichs innerhalb des Verkehrsrings, gaben die Politiker gerne – allerdings mit unterschiedlicher Prioritätensetzung.

Am deutlichsten wurde die unterschiedliche Haltung der Ratsparteien gestern Abend am Beispiel der Fußgängerzone. Während vor allem SPD-Fraktionschef Michael Hoffmann und sein Pendant



Das Pflaster in der Bahnhofstraße wird zum politischen Zankapfel. Während SPD und FLU/FWG eine zügige Sanierung anstreben, ist das Projekt noch vor seinem Beginn für CDU und FDP wegen des Finanzvolumens schon gescheitert. ■ Foto: Archiv

von der FLU, Klaus Göldner, Architekt Kimpel zur Seite sprangen und die Notwendigkeit einer großen Sanierung sahen, blickten CDU und FDP zunächst auf das Geld. „Wir werden in den nächsten fünf Jahren keine Kraft haben, dieses Projekt zu stemmen“, prognostizierte Martin Bick für die Liberalen. Die SPD sieht dies anders. Eine Sanierung der

Fußgängerzone sei „für unter fünf Millionen Euro zu machen“, schätzte Michael Hoffmann – angesichts kommunaler Investitionen in die Infrastruktur in mehr als zehnfacher Höhe innerhalb der jetzt ablaufenden Ratsperiode sei dieser Betrag vergleichsweise überschaubar.

Hoffmann rief einen Wettbewerb aus, um innovative Ideen für die Entwicklung

der Fußgängerzone zu entwickeln. Eine solche Idee lieferte FLU-Mann Klaus Göldner prompt. Das Spendensammeln für die Sanierung des Platzes vor der Stadtkirche habe viel Erfolg gehabt – „warum nicht so eine Aktion auch für die Fußgängerzone“, fragte er.

Eine Antwort darauf, die CDU-Fraktionschef Gerd Heckmann, häufig anführte,

war die Sache mit der Notwendigkeit. Unna habe größere Probleme als das teilweise holprige Pflaster in der Fußgängerzone. Auch eine Umgestaltung des Rathausplatzes, wie ihn die Architekten gestern forderten, könne, wenn überhaupt, nur Teil eines Gesamtkonzeptes sein, zu dem nach CDU-Meinung auch die Mühle Bremme gehören müsse. Auf Sei-

ten der Grünen erkannte auch Ines Nieders-Molik die Notwendigkeit, die gesamte Innenstadt mit einem Masterplan weiterentwickeln zu müssen. Die Diskussion um das Pflaster beispielsweise in der Massener Straße sei kein kosmetisches, sondern ein strukturelles Problem.

Einig waren sich Politik und Architekten gestern Abend indes über die große Bedeutung, die die Innenstadt für die Gesamtentwicklung Unnas habe. Kritik formulierte Architekt Kimpel derweil an die Verantwortlichen des Rathauses. Dass bestehendes Baurecht beispielsweise in Sachen Geschossigkeit mit Füßen getreten werde und so baulicher Wildwuchs entsteht, konnten Kimpel und Kollegen nicht nachvollziehen – ähnlich übrigens wie die Grünen.

Dass Gebäude zugunsten von Parkplätzen abgerissen würde, sei ein Absurdum städtischer Planung. FDP-Chef Martin Bick indes sprang der Verwaltung in diesem Punkt zur Seite. Manchmal, sagte er, müssen Verwaltung und Politik Investoren auch entgegenkommen und Zugeständnisse machen, um Projekte umzusetzen. Auch das sei eine Frage von Stadtentwicklung.